



EINSATZ

BePo in Berlin ... ein ganz normaler Einsatz!?

Berlin erlebte in der letzten Woche im April und am 1. Mai den größten Einsatz in seiner Polizeigeschichte. Insgesamt 9000 Kolleginnen und Kollegen haben bei einem einwöchigen Großeinsatz in der Bundeshauptstadt mit hochrangigen Staatsbesuchen, zahlreichen Veranstaltungen zur EU-Osterweiterung und den üblichen gewalttätigen Ausschreitungen um den 1. Mai rund um die Uhr an ihren Belastungsgrenzen gearbeitet, um diesen Großeinsatz der Superlative erfolgreich zu meistern. Die Bereitschaftspolizei Rheinland-Pfalz war mit über 300 Polizei- und Tarifbeschäftigten in diesen mehrtägigen Einsatz eingebunden.

Die beiden taktischen Einsatzhundertschaften unter Führung von Volker Barlet (11. BPH/E) und Alois Otten (22. BPH/E) hatten sehr unterschiedliche Einsatzlagen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu bewältigen. Polizeiliche Maßnahmen zum Schutz der OSZE-Konferenz mit dem amerikanischen Außenminister Colin Powell standen ebenso auf dem Plan wie die Bewältigung des Besuchs des israelischen Staatspräsidenten Mosche Katsav. Das absolute Kontrastprogramm der polizeilichen Auftragsbewältigung waren dann die Verwendungen in der Walpurgisnacht im Ostteil der Stadt am Friedrich-Jahn-Stadion (Mauerpark) und den Aufzügen der NPD mit teilweise heftigsten Störaktionen linker Gruppierungen am 1. Mai. Die langen Anreisezeiten, verkehrsbedingt bis zu zwei Stunden, aus den Unterkünften in die jeweiligen Einsatzbereiche, die teilweise bis zu zwanzigstündigen Einsatzverwendungen und natürlich vor allem die sehr unterschiedlichen Einsatzsituationen und Anforderungen führten die Kolleginnen und Kollegen an die Grenzen der Belastungsfähigkeit.

Bei Schutzmaßnahmen waren im Regierungsviertel oder aber



vor dem Superhotel Adlon eher Diplomatie und Fingerspitzengefühl gefragt, während bei den Konfrontationen mit Gewalttätigen am Mauerpark an der berühmten Eberswalder Straße und beispielsweise bei einem NPD-Aufzug konsequentes Einschreiten gefordert war. Hier der gut situierte Bürger, dort der betrunkene, vielleicht auch nur abenteuersuchende, Jugendliche oder Gewalttäter, der einfach Straftaten verübt, vielleicht aber auch nur mit der Polizei seine

Spielchen treiben möchte. Die Kolleginnen und Kollegen mussten sehr große Extreme bewältigen. Die Palette war vielfältig – mehrere Stunden mit voller Körperschutzausstattung agieren, Beobachtungsposten in schwindelnder Höhe, auf dem noch nicht fertig gestellten Turm (Baugerüst) am neuen Lehrter Bahnhof beziehen, vielleicht aber auch nur Steine- und Flaschenwerfern begegnen. Das sind dann genau die Dinge, die den Polizeiberuf ganz wesentlich von anderen Berufssparten unterscheiden.

Ein kleines Trostpflaster für die eingesetzten Kräfte der rheinland-pfälzischen Bereitschaftspolizei stellten die eigens mitgeführten Versorgungseinrichtungen zur Verpflegung der beiden Einheiten dar. Mit viel Engagement wurden die beiden voneinander getrennt untergebrachten Einsatzhundertschaften mit frisch zubereiteten Mahlzeiten versorgt. Die eigene Versorgung hat sich bestens bewährt. Andere Polizeieinheiten wurden teilweise nicht so positiv versorgt oder aber wie die Berliner Kräfte zu Selbstverpflegung gemacht.

Die Einsatzeinheiten wurden durch Helmut Knerr (Personalrat BP und stellv. GdP-Landesvorsitzender) und Herbert Schmalenberger (Personalrat BP/Beisitzer im BG-Vorstand BP) begleitet. Positiv aus Sicht der beiden Interessenvertreter war die Tatsache, dass Kolleginnen und Kollegen aus Rheinland-Pfalz nicht verletzt wurden. Helmut Knerr bedauerte ausdrücklich, dass wieder zu viele Polizeikräfte Verletzungen aus diesem Einsatz davontrugen. Dr. Herbert Fischer-Drumm, der für die Polizeiseelsorge verantwortlich zeichnet, war ebenfalls in diesem Einsatz vor Ort. HK

AKTUELL IN DIESER AUSGABE

FÜHRUNG

Franz Leidecker neuer L/PE in Ludwigshafen

Seite 2

DIPLOMIERUNG

185 Absolventen bei der FHŠV FB Polizei

Seite 2

GLEICHSTELLUNG

Ein steiniger Weg

Seite 3

WAPO

Bernhard Hetz verabschiedet

Seite 4

GESUNDHEITSREFORM

Auswirkungen

Seite 5

AUS DEM HPRP

Seite 6

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

Franz Leidecker neuer L/PE beim PP Rheinpfalz

Franz Leidecker übernahm zum 1. Mai 2004 die Leitung der Abteilung Polizeieinsatz beim Polizeipräsidium Rheinpfalz und die Abwesenheitsvertretung des Polizeipräsidenten. Er ist Nachfolger von Lothar Schömann, der in gleicher Funktion nach Mainz wechselte.


Leidecker ist 56 Jahre alt und wohnt in Kaiserslautern. Er gehört seit fast 40 Jahren dem Polizeidienst an und kann eine reiche polizeiliche Erfahrung in den verschiedensten Ämtern und Funktionen nachweisen. Seit seinem Aufstieg in den höheren Dienst im Jahre 1981 war Leidecker Abteilungsleiter beim Landeskriminalamt, Leiter der Kriminaldirektion in Kaiserslautern und Leiter der Abteilung Polizeieinsatz beim Polizeipräsidium Westpfalz. Derzeit leitet er die Abteilung Polizeieinsatz beim Polizeipräsidium Trier.



Wir wünschen unserem langjährigen Mitglied in der neuen Aufgabe viel Erfolg.

Unser Bild zeigt Franz Leidecker (links) mit unserem GdP-Kreisgruppenvorsitzenden Hans-Peter Michel.

TW

 Deutsche
Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (vi.S.d.P)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28a
vom 01. 04. 2003

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

FHŠV FB POLIZEI

185 Diplomierungen

Innenminister Zuber überreichte den 185 Absolventen der FH in einer Feierstunde ihre Urkunden. 231 Studierende waren vor 3¹/₂ Jahren gestartet – zum ersten Mal ohne „Bärenführer“, wie der Lehrgangssprecher Asmussen erläuterte. Lehrgangsbester wurde Kollegin Katrin Knoblauch. Sie erreichte mit 13,3 Punkten das beste Ergebnis seit 1999. 42 KollegInnen bestanden mit der Note 2, 116 mit Note 3 und 27 mit 4. Der Schnitt lag bei 9,3 Punkten. Die Feierstunde war außerordentlich gut besucht. Viele Eltern, Verwandte und Bekannte hatten die Absolventen begleitet. Ausnahmslos alle waren begeistert von der musikalischen Begleitung durch das Polizeiorchester, die mit einer modernen Version von „Zarathustra 2000“

und einem Ritt durch bekannte Filmmelodien „Moment for Morricone“ von ihrem Können überzeugten. Walter Zuber forderte die Zuhörer auf, sich nicht nur innerhalb des Dienstes zu enga-

gieren: „Stellen Sie Ihr Wissen und Können auch in der Gesellschaft, in Vereinen und Organisationen zur Verfügung.“

ES



Innenminister Zuber gratuliert Katrin Knoblauch.

GLEICHSTELLUNG

Ein steiniger Weg

Ein steiniger Weg – die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes

Im Abstand von vier Jahren berichtet die Landesregierung dem Landtag über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG), das 1995 in Kraft getreten war. Der erste Bericht dieser Art erfolgte im Jahr 2000. Der vorliegende zweite Bericht dient als wichtiges Kontrollinstrument zur Durchsetzung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in der öffentlichen Verwaltung des Landes Rheinland-Pfalz. Die erhobenen Daten zeigen neben positiven Entwicklungen auch weniger positive Ergebnisse auf: Im gesamten Landesdienst ist der Frauenanteil insgesamt beispielsweise gestiegen – trotz sinkender Beschäftigungszahlen. Jedoch galt weiterhin die Faustformel: „Je höher das Einkommen, desto niedriger der Frauenanteil.“

Im jetzt vorliegenden Bericht war es wichtig festzustellen, ob sich in den Bereichen, in denen Unterrepräsentanz von Frauen vorherrscht, eine Trendwende abzeichnet.

Hier sind vor allem die Führungsfunktionen und der Frauenanteil im gehobenen und höheren Dienst zu betrachten. Wann eine „Unterrepräsentanz“ von Frauen besteht, ist im LGG genau geregelt:

„§ 4/III LGG:

Unterrepräsentanz liegt vor, wenn im Geltungsbereich eines Frauenförderplans (Bereich einer Behörde) der Frauenanteil innerhalb

- einer Besoldungs-, Vergütungs- oder Lohngruppe
- bei Führungsfunktionen weniger als die Hälfte beträgt.“

Diese Unterrepräsentanz ist unabhängig vom jeweiligen Frauenanteil der Behörde zu sehen.

Wie sieht es in diesen Bereichen also innerhalb der Polizei Rheinland-Pfalz aus?

Der Frauenanteil

im Polizeidienst konnte in den

letzten Jahren um jeweils 1% erhöht werden und erreichte im Jahr 2003 einen Wert von 11,4% insgesamt.

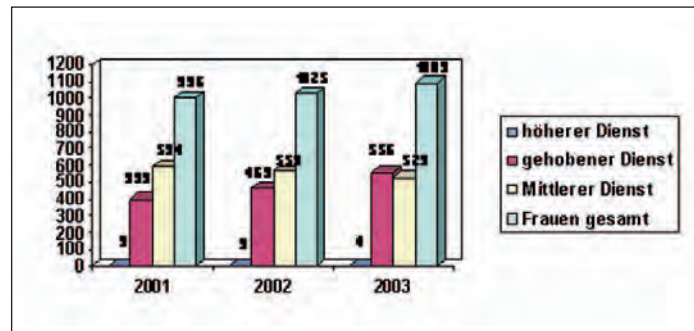
Im Jahr 2003 wurden 32,7% Frauen im gehobenen Polizeidienst eingestellt.

Auffällig ist jedoch der noch immer unterdurchschnittliche Anteil der Frauen im gehobenen und höheren Polizeidienst.

Im Bereich des Innenministeriums wurden zwar einige Maßnahmen zur Frauenförderung im Frauenförderplan genannt.

So zum Beispiel

- bei Stellenausschreibungen; in den Formulierungen werden „Bewerbungen von Frauen besonders begrüßt“
- die Möglichkeit, Zielvereinbarungen im Rahmen des Mitarbeitergesprächs mit dem Vorgesetzten zu vereinbaren



- Flexibilisierung der Arbeitszeit sowie Telearbeit
- Führen in Teilzeit (2 Stellen landesweit zu 80%)

Diese Maßnahmen zielen jedoch lediglich auf den allgemeinen Bereich ab und dienen nur ansatzweise der Erhöhung des Frauenanteils in den unterrepräsentierten Bereichen des höheren Polizeidienstes oder/und der Besetzung von Führungspositionen durch Frauen.

Zum einen stehen dem zwar strukturelle Probleme entgegen – wie etwa die „biologische Lebensplanung“. Andererseits könnte man weit mehr weibliche Führungskräfte durch entsprechende konzeptionelle Maßnahmen ge-

winnen. Hierbei ist insbesondere an ein „Mentoring-Programm“ zu denken. Mentoring sieht eine partnerschaftliche Struktur vor, in der Frauen kontinuierlich an Führungsaufgaben herangeführt werden. Wichtig ist jedoch, dass Frauenförderung als Gesamtaufgabe begriffen und nicht nur von einzelnen durchgeführt wird. Genau da setzt „Gender Mainstreaming“ an.

Gender Mainstreaming soll vor allem Strukturen, die Ungleichheit produzieren, schon im Planungsprozess einer Maßnahme beseitigen. Frauenförderung und Gender Mainstreaming sind also sich ergänzende Strategien und ersetzen sich keineswegs gegenseitig. Im gesamten Landesdienst zeichnet sich nach vorliegendem Kontrollbericht zum LGG ein Bild ab, das sich

mit 20% weit unter dem geforderten Anteil.

Ein zweiter Schwerpunkt des Berichtes ist die Situation der Gleichstellungsbeauftragten.

Die rechtliche Verankerung der Gleichstellungsbeauftragten ist einer der wesentlichen Kernelemente des LGG. Durch wissenschaftliche Befragungen konnten Informationen über die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und Probleme der Gleichstellungsbeauftragten gewonnen werden.

Als häufigster Grund für die mangelnde Akzeptanz des Gesetzes und der Gleichstellungsbeauftragten wird von den Befragten der sehr unterschiedliche Umgang von Verantwortlichen mit diesem Thema angesehen. Einerseits gehöre es teilweise zur „Imagepflege“ der Vorgesetzten, sich auch für die Gleichstellung der Frauen einzusetzen. Andererseits wird sogar offen von feindseligem Verhalten gegenüber den Gleichstellungsbeauftragten bzw. zur Umsetzung des Gesetzes berichtet.

Die Akzeptanz des Gesetzes und der Position der Gleichstellungsbeauftragten hänge somit unmittelbar an der Behördenleitung und deren Umgang mit dem Thema Gleichstellung, so das einheitliche Fazit.

Fazit:

Der zweite Bericht zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes weist auf, dass der „Entwicklungsprozess“ zur Gleichstellung von Männern und Frauen angestoßen wurde und sich auch im Polizeibereich einiges zu Gunsten von Frauen weiterentwickelt hat. Jedoch reichen diese Fortschritte noch lange nicht aus, um von einer tatsächlichen Gleichstellung zu sprechen.

Frauenfördernde Maßnahmen wie sie das LGG vorsieht, aber auch in Form von Mentoring und Gender Mainstreaming, sind nach wie vor notwendig, um den positiv begonnenen Weg fortzusetzen.

TH

Bernhard Hetz verabschiedet

Auch nach seinem 60. Geburtstag sprüht Bernhard Hetz vor Elan, von Ruhestand kann keine Rede sein. Bestes Beispiel: Im Mai verbrachte er seinen Urlaub nicht am Meer, sondern machte sich als Pilger auf den Marsch nach Santiago de Compostela.

Mit Bernhard Hetz geht ein Stück Geschichte der Wasserschutzpolizei in Pension: 33 Jahre gehörte er dem Personal der Dienststelle an, davon 26 Jahre als Personalratsvorsitzender. Im Hauptpersonalrat vertrat er seit 1977 engagiert und mit viel Erfolg



die Interessen seiner Kolleginnen und Kollegen. Er zog die Fäden zur Gründung der GdP-

Kreisgruppe Wasserschutzpolizei am 17.12.1990, gehörte als Vertreter seiner Dienststelle seit 1976 dem Landesvorstand und in der Folge auch den Bundesfachgremien der GdP an.

Bernhard Hetz wurde mit Ablauf Mai vom Leiter der Wasserschutzpolizei Rolf Peter Lehmann in den dienstlichen Ruhestand verabschiedet. Dafür wünscht die GdP alles Gute. Die angemessene Ehrung für seine gewerkschaftliche Tätigkeit wird Bernhard Hetz beim Landesdelegiertentag 2006 zuteil werden. TW

EUROPAWAHL

Jo Leinen beim DGB-West



„Viele Menschen begreifen immer noch nicht so recht, welche unmittelbaren Auswirkungen die europäischen Beschlüsse auf die Lebensverhältnisse in Deutschland haben.“ bedauerte das Mitglied des Europäischen Parlaments **Jo Leinen** in einem Gespräch mit dem Vorstand des DGB West. „Die Wahl zum EP ist eine wichtige Richtungswahl. Während die Politiker in Deutschland von FDP, CDU, Grünen und auch einige in der SPD noch immer weitgehend kritiklos der Liberalisierung hinterherlaufen,

gibt es in den USA selbst bei den Konservativen bereits Stimmen, die auf die negativen Auswirkungen der Liberalisierung und der Privatisierung warnen.“ Die Deutschen wie auch andere in Europa hängen der aktuellen Entwicklung mal wieder um Jahre hinterher; betont **Leinen**. Sollten sich die Neoliberalisierer bei der Wahl am 13. Juni durchsetzen, stehen weitere wichtige staatliche Aufgaben zur Privatisierung an. „Wasser, Bildung, Kultur, Wohlfahrtspflege und die innere Sicherheit stehen als nächstes auf der Agenda.“

Leinen: „Die Kritiker der Liberalisierung haben mit ihren Warnungen bisher Recht behalten. Die EU ist bei Forschung, Bildung und Beschäftigung zurückgefallen. Selbst die Versprechen zum Wirtschaftswachstum haben sich nicht erfüllt. Zukunftsinvestitionen müssen auch durch den Staat positiv begleitet werden.“ Während die Investitionen z. B. im Bereich der zukunftssträchtigen Biotechnologie in den USA 25 Mrd. \$ betragen, lägen sie in der EU nur bei 700 Mio. .

Positiv bewertete **Leinen** die Erfolge der EU-Parlamentarier

bei der Verankerung der Grundrechtscharta und der sozialen Rechte in der EU-Verfassung. „Europa muss mehr sein, als nur ein Wirtschaftsraum!“

„Manche meinen gar, dass ausgerechnet die USA in den nächsten fünf Jahren die WTO (World Trade Organisation) verlassen werden, seit sie von den Wirtschaften Indiens und Chinas mit Dumping-Preisen bedroht werden.“ **Leinen** fordert die parlamentarische Kontrolle der WTO und des IWF (Weltbank). „Es kann nicht sein, dass weitreichende Entscheidungen ohne die Mitwirkung der Volksvertreter getroffen werden!“

GdP-Landesvorsitzender Ernst **Scharbach** erneuerte seine Forderung, endlich aktiv gegen Steueroasen, Steuerdumping und -hinterziehung vorzugehen: „Es kann doch nicht angehen, dass Deutschland größter Nettozahler der EU ist und gleichzeitig Nehmerländer Steueroasen auf unsere Kosten einrichten!“

Der Vorstand des DGB West wird die Gespräche zu europäischen Themen fortsetzen. ES

KURZ & KNACKIG

Ausbildung

Auf positive Resonanz bei den Präsidenten und Leitern der Polizeibehörden stieß die Initiative der GdP für mehr Ausbildungsplätze. Das ISM unterstützt die Schaffung zusätzlicher Lehrstellen – wenn auch ohne Garantie der späteren Übernahme der Lehrlinge. Die Behördenchefs wollen „alle Möglichkeiten nutzen, die Lage auf dem Arbeitsmarkt für junge Leute zu verbessern“.

Sonderurlaub

Urlaub aus persönlichen Anlässen nach § 31 Urlaubsverordnung beispielsweise bei schwerer Erkrankung eines im gleichen Haushalt lebenden nahen Angehörigen kann auch für Partner/innen einer Lebensgemeinschaft gewährt werden. Es muss sich allerdings um die so genannte „eingetragene Lebensgemeinschaft“ handeln, präzisiert das ISM.

PI Ingelheim

Überraschende Neubesetzung an der Spitze der PI Ingelheim. Der bisherige PI-Leiter Gerd Hofmann und sein Stellvertreter KHK Erwin Owtsharenko wechselten kurzfristig zu anderen Dienststellen. Man munkelt, es habe Dissonanzen und Unfrieden geherrscht und das Verhältnis zum Personal sei gestört gewesen. Neuer PI-Leiter ist PR Thomas Baadte.

Digi-Funk

Die Umstellung auf den modernen Digitalfunk bis zur Fußball-WM ist wohl gescheitert. Die Länder müssen nun die vorhandenen, aber nicht abhörsichere und anfällige Analogtechnik so weit aufrüsten, dass es im geplanten Großeinsatz nicht zu fatalen Aussetzern kommt.

Schutzwesten

Die Ausstattung aller operativen Polizeikräfte mit Schutzwesten bis zum Jahresende wird wohl nichts. Das ISM sagt, die noch fehlenden 914 Schutzwesten könnten nicht geliefert werden, weil ein Vorlieferant das notwendige Zylon-Gewebe nicht beibringt.

Jetzt drohen erst mal juristische Streitereien. Wann die Westen zur Verfügung stehen, ist ungewiss. TW

GESUNDHEITSREFORM

Auswirkungen für Versicherte der gesetzlichen Krankenkassen

Die Reform brachte den Versicherten höhere Gesundheitskosten. Zahnersatz und Krankengeld werden aus der gesetzlichen Krankenkasse herausgenommen. Für die Beiträge müssen die Beschäftigten zukünftig alleine aufkommen. Die Arbeitgeber sind bei Zahnersatz ab 2005 und beim Krankengeld ab 2006 nicht mehr beteiligt. Doch bereits in diesem Jahr sind die Zuzahlungen erheblich gestiegen (siehe nebenstehende Tabelle).

Es treten jedoch immer wieder Fragen auf, daher nachfolgend einige Hinweise und Erläuterungen:

Zuzahlungen

Grundsätzlich sind bei allen Leistungen 10% zuzuzahlen – mindestens 5,-, höchstens 10,-. Leistungen bis zu 5,- sind vollständig vom Versicherten zu bezahlen. Für ärztliche Leistungen ist eine Praxisgebühr zu entrichten. Im Krankenhaus, bei häuslicher Pflege und bei Anschlussbehandlungen sind 10,- pro Tag zu zahlen, längstens für 28 Tage pro Kalenderjahr.

Praxisgebühr

Die Praxisgebühr von 10,- muss grundsätzlich beim ersten Arztbesuch im Quartal bezahlt werden. Ausgenommen sind Vorsorgeuntersuchungen beim Arzt oder Zahnarzt. Die Praxisgebühr ist auch bei Behandlungen in der Notfallambulanz zu zahlen, wenn im Quartal noch keine Gebühr entrichtet wurde. Bei längerer Behandlung, z. B. über mehrere Quartale, ist in jedem Quartal die Gebühr zu entrichten. Bei Weiterbehandlung durch einen Arzt zu dem man überwiesen wurde ist im gleichen Quartal keine weitere Praxisgebühr fällig. Hausärzte und Fachärzte können Überweisungen ausstellen. Auch bei Behandlungen beim Zahnarzt wird die Praxisgebühr fällig. Überweisungen zum Zahnarzt sind nicht möglich.

Belastungsgrenzen bei Zuzahlungen

Pauschal gilt, dass die jährliche Eigenbeteiligung der Versicherten nicht 2% der Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt überschreiten darf. Zu diesen Ein-

und Krankenkassen, daher sofort bei den Krankenkassen nachfragen, ob eine Erkrankung als chronisch gilt. Um Belastungen zu reduzieren, sollte man sich immer eine Überweisung ausstellen lassen. Sparen an der falschen Stelle

kasse nachzufragen, sollten z. B. Zuzahlungs- oder Gebührenforderungen nicht nachvollziehbar sein. Die Krankenkassen benennen auch auf Anfrage die zuständigen Ansprechpartner in der Selbstverwaltung der Gesetzli-

Zuzahlungen im Überblick:

Arztbesuch	10,- pro Quartal, beim Arzt, Zahnarzt oder Psychotherapeuten, also bis zu 30,- pro Quartal. Ausnahmen: Vorsorgeuntersuchungen oder Überweisungen
Arzneimittel	10% des Preises, mindestens 5,-, höchstens 10,-, jedoch nicht mehr als der Preis des Medikamentes
Häusliche Krankenpflege	10% der Kosten zuzüglich 10,- je Verordnung, für höchstens 28 Tage pro Kalenderjahr
Haushaltshilfe	10% der Kosten je Kalendertag, mindestens 5,-, höchstens 10,-
Heilmittel, z. B. Massage	10% der Kosten, zuzüglich 10,- je Verordnung
Hilfsmittel, z. B. Gehhilfen	10% des Preises, mindestens 5,-, höchstens 10,-, jedoch nicht mehr als den vollen Preis
Krankenhaus Anschlussbehandlung nach Krankenhausaufenthalt	10,- pro Tag, höchstens für 28 Tage pro Kalenderjahr
Rehabilitation und stationäre Vorsorge	10,- pro Tag für höchstens 28 Tage pro Kalenderjahr
Soziotherapie	10,- pro Tag ohne Begrenzung
Verbandsmittel	10,- der Kosten je Kalendertag, mindestens 5,-, höchstens 10,- 10% des Preises, mindestens 5,-, höchstens 10,-

nahmen gehören nicht nur das Arbeitseinkommen, sondern auch Rente, Sozialhilfe, Abfindungen, Betriebsrenten und Miet- oder Pachteinnahmen. Die Zuzahlungen des Versicherten und seiner Angehörigen werden zusammengezählt. Für Familien gibt es Kinderfreibeträge, die zu einer Reduzierung des Haushaltseinkommens führen, derzeit 3.648,00 pro Kind. Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr sind generell von Zuzahlungen befreit. Chronisch Kranke, die sich in Dauerbehandlung befinden wegen derselben schwerwiegenden Erkrankung, haben eine Belastungsgrenze von 1% ihres jährlichen Bruttoeinkommens. Die Festlegung über das Vorliegen einer chronischen Erkrankung treffen die Ärzte

ist jedoch nicht ratsam, z.B. am Ende eines Quartals einen notwendigen Arztbesuch verschieben um Praxisgebühren zu sparen. Alle Belege über Gebühren und Zuzahlungen müssen gesammelt werden. Diese Quittungen können bei den Krankenkassen eingereicht werden, um die Feststellung treffen zu können, ob die Belastungsgrenze schon erreicht ist. Ist die Belastungsgrenze schon vor Ablauf des Kalenderjahres erreicht, muss die Krankenkasse eine Bescheinigung ausstellen, dass für den Rest des Jahres keine Zuzahlungen mehr erforderlich sind. Diese kann dann den Ärzten, Krankenhäusern und Apotheken vorgelegt werden.

Bei allen Problemfällen gilt es umgehend bei seiner Kranken-

chen Krankenkassen, welche gerne mit Rat und Tat zur Seite stehen, wenn es Probleme gibt.

HWG

Anzeige

Neues Auto?

Günstige Konditionen beim

Polizeisozialwerk Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 9 60 09 31

Versetzungsknatsch

Versetzungsknatsch und kein Ende: Das Ministerium und der HPRP hatten sich in mühsamen Verhandlungen zwischen Extrepositionen auf ein für drei Jahre befristetes Zwei-Säulen-Modell geeinigt. Zur Linderung der Altersstruktur in Trier und der Westpfalz wurden die Versetzungsmöglichkeiten für die älteren Bewerber eingeschränkt und Junge bis 35 Jahre in einer eigenen Säule erfasst. Der Anweisung des Innenministers entsprechend wurden in der Jungensäule wiederum die Versetzungswünsche von Frauen ihrem Anteil entsprechend vorgezogen. Innenminister Zuber kippte den gefundenen Kompromiss: Künftig sei „grundsätzlich wieder jede dritte zu besetzende Stelle für eine Frau vorzuhalten“, teilte Minister Zuber mit. Im HPRP sorgte diese Entscheidung für empörte Reaktionen, hatte Minister Zuber doch in Gesprächen mit DPoIG und GdP die gefundene Lösung des Zwei-Säulen-Modells persönlich diskutiert. Für

weitere Empörung sorgte der Umstand, dass das ISM dem HPRP die erneute Änderung der Versetzungskriterien lediglich zur „Kenntnisnahme“ übermittelte. Der HPRP fordert das ISM auf,

die Kfz-Werkstätten in Trier und Wengerohr an das Präsidium Trier nicht zustimmen. Die Verhandlungen mit dem ISM werden, insbesondere zur Verbesserung der personellen Ausstattung



umgehend Verhandlungen zu diesem mitbestimmungspflichtigen Tatbestand aufzunehmen. Die ständige Verunsicherung der Kolleginnen und Kollegen müsse beendet werden.

Trotz intensiver Diskussion konnte der HPRP der probeweisen Übertragung der Leitung für

der Werkstatt Wengerohr, fortgeführt.

Der HPRP stimmte der Übertragung der Leitung der AG Kontenwirtschaft an Koll. Rainer Hamm, Leiter der PI Bad Kreuznach, zu. Die AG soll aus Sicht der Nutzer klären, ob Teile der bisherigen Bedarfswirtschaft bei der

Bekleidung in eine Kontenwirtschaft überführt werden sollten. Das ISM betont, dass die Betrachtungen der AG ausdrücklich ergebnisoffen geführt werden.

Da in den Geschäftszimmern der PI'en und KI'en die meisten Tarifbeschäftigten immer noch im Schreibkräfte-Tarifvertrag eingruppiert sind, wurde eine Initiative in Zusammenarbeit mit dem ISM, den Präsidenten der Präsidien sowie den zuständigen Personalabteilungen gestartet. Ziel ist es, einen Katalog zu erstellen, der die aktuellen Tätigkeiten aufzeigen soll. Eine Bewertung soll zunächst nicht vorgenommen werden. Betroffene Kolleginnen und Kollegen sollten sich bei Bedarf an ihre Tarifvertreter in den Personalräten wenden. Hintergrund ist der durch die Arbeitgeber gekündigte Tarifvertrag. Die Neubewertung soll mittelfristig zu einer Verbesserung für die KollegInnen führen.

Dieter Kronauer (Arbeiter),
Annemarie Grindel (Angestellte),
Ernst Scharbach (Beamte)

TARIF

Beck: LŠnger arbeiten ab November

Neueingestellte TarifbeschŠftigte bei der Polizei mŸssen kŸnftig 40 Stunden in der Woche arbeiten. Die Landesregierung rŠmt daŸr 6 Monate Ÿbergangszeit ein. Steht dann der neue Tarifvertrag nicht, wird die lŠngere Arbeitszeit umgesetzt.

Das hatte die GdP befürchtet: Sofort nach Kündigung der Tarifverträge für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst durch die Arbeitgeber fordert die Landesregierung von den nicht von der Nachwirkung des Tarifvertragsgesetzes geschützten Beschäftigten per Abdingung die 40-Stunden-Woche ein. Einseitig wird damit durch den Arbeitgeber die ansonsten geltende Arbeitszeit von 38,5 Wochen-Stunden für die nicht im Schutz des Tarifvertrages ste-

henden Neuen aufgehoben.

Andere Länder setzten übrigens in den vergleichbaren Fällen die Arbeitszeit schon ab 1. Mai hoch. Rheinland-Pfalz ist etwas kulanter. Die Regelung mit der erhöhten Arbeitszeit greift zwar schon ab Mai, aber vorläufig können die Betroffenen noch für 6 Monate mit einer reduzierten Arbeitszeit von 38,5 Wochen-Stunden arbeiten. Kommt aber bis November kein neuer Tarifvertrag für die Arbeitszeit zum Abschluss, so wird automatisch

ab 1. November die 40-Stunden-Woche für sie gültig.

Lohnausgleich wird dafür nicht gezahlt. Die ohnehin nicht mit üppigen Einkommen versehenen Angestellten und Arbeiter bekommen so durch die Hintertür eine saftige Lohn- und Gehaltskürzung, wenn ihr Rechtsverhältnis nach dem 30. 4. begonnen hat. Achtung: Es trifft nicht nur die ab Mai neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen. Die Maßgaben für die aufgestockte Arbeitszeit greifen auch bei bestimmten Fällen der Vertragsänderung. So droht Gefahr bei Statusänderung (z. B. Wechsel vom Arbeiter- ins Angestelltenverhältnis), bei der Übernahme der Azubis, bei der Verlängerung

befristeter Arbeitsverhältnisse und bei der Höhergruppierung wegen Übertragung höherwertiger Tätigkeit. Mitglieder der Gewerkschaft stehen dabei unter dem Schutz des bisherigen Tarifvertragsrechts.

TW

Anzeige

Urlaubsreif?

GŸnstiger verreisen mit

PSW-Reisen
Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 9 60 09 23

Einladung zum Vortrag des PSW Rheinland-Pfalz und Franklin Templeton Investments



FRANKLIN TEMPLETON
INVESTMENTS

„50 Jahre Templeton – eine Gesellschaft stellt sich vor“

IPA Heim

Schloss Waldhausen 1, 55257 Budenheim,
am **16. Juni 2004, 18:30 Uhr**,
am **22. Juni, 17:00 Uhr**
und am **30. Juni, 18:30 Uhr**

Da hebt man ab: der Templeton Growth Fund feiert fünfzigsten Geburtstag und bescherte den Anlegern auch in seinem Jubiläumsjahr bisher eine ordentliche Rendite. Das überrascht allerdings niemanden – denn wer den Erfolgsfonds kennt, weiß seine Top-Performance längst zu schätzen. Mit einer durchschnittlichen **Rendite von 11,7 p.a. seit 1954** ist der Templeton Growth Fund ein echter Dauerbrenner und längst einer der erfolgreichsten Fonds weltweit. Sein Fondsvolumen von über 17 Mrd. \$ ist der beste Beweis dafür, dass seine Investmentstrategie breite Zustimmung findet und dafür sorgt, dass unser Geburtstagskind nie alt aussehen wird.

Wir laden Sie ein, an diesem Vortrag teilzunehmen und Franklin Templeton Investments besser kennen zu lernen, den **neuen Kooperationspartner des PSW Rheinland-Pfalz**.

Der Vortrag wird gehalten von Herrn Antonio Sommese, Financial Planer bei Franklin Templeton Investments, eine der erfolgreichsten Investmentgesellschaften weltweit mit einem verwalteten Fondsvolumen von über 300 Mrd. € sowie über 10,5 Millionen zufriedener Kunden.

Bitte melden Sie sich schnellstens an, da die Teilnehmerzahl begrenzt ist.

Ansprechpartner

Franklin Templeton Investments

Jörg Schlesinger (Fonds- und Produktbetreuung)
Antonio Sommese (Financial Planer und Dozent der VHS)
Telefon: (0800) 10 12 33 8
Mobil: (0177) 41 95 20 9

in Kooperation mit



Telefon: (06131) 96 00 931
Fax: (06131) 9600927
E-Mail: psw-rp@gdp-online.de
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

Mit freundlicher Unterstützung der Volkshochschule Mainz

Polizei im Wandel

Immer mehr Arbeit auf immer weniger Schultern – das hat Tradition bei der Polizei in Deutschland. Der gewiefte Manager denkt nun: „Prima, die haben es offenbar kapiert! Prioritäten setzen, Wichtiges tun, Unwichtiges nach hinten schieben. Aufgaben und Verantwortung delegieren. Keine Arbeit doppelt.“ Schön wär's. Die Realität sieht anders aus.

Unwichtiges gibt es schon mal gar nicht. Der Dienstgruppenleiter, der sich mal entschieden hat, etwas als unwichtig zu deklarieren, dann jedoch im Beschwerdefall mehr Zeit benötigte, sich zu rechtfertigen, als der eigentliche Vorfall in Anspruch genommen hätte, weiß, was ich meine. Wichtigkeit wird nicht nach dem Sachverhalt, sondern nach den beteiligten Personen definiert. Prioritäten setzt die Quantität, nicht die Qualität. Immer mehr Ermittlungsvorgänge mit immer weniger Sachbearbeitern zu bewältigen, und das bei steigender Aufklärungsquote und Vorgangsqualität, das sollen uns die Streichungspolitiker mal nachmachen. Ich wundere mich, wie wir das schaffen, Statistiker sind Genies. Modernste Computersysteme – lachhaft. Wir verbringen mehr Stunden am Schreibtisch, als je zuvor. Aber, was jammere ich hier herum.

Solange die Polizei es sich leistet, Polizeibeamte durch das Land zu schicken, die jährlich die Voll-

zähligkeit der Gummiknüppel überprüfen...

Solange die Polizei es sich leistet, Stellungnahmen abzufordern, warum in einem Jahr die Anzahl der Sachbeschädigungen an Kfz von 131 auf 116 gesunken ist...

Solange die Polizei es sich leistet, mit der Aufhellung des Dunkelfeldes bei der Polizeilichen Kriminalstatistik mehr Personal zu beschäftigen, als mit der Terrorismusbekämpfung...

...so lange können wir uns kaum über Personalmangel beschweren.

Polizei im Wandel der Zeit, es wird sich immer etwas ändern.

Die GdP wird weiter daran arbeiten, die „Verbesserungen“ abzumildern. Norbert Puth, Kreisgruppe Mayen

TERMIN

Jahrgangstreffen des Einstellungsjahrganges Juli/August 1969

Ort: Hotel-Restaurant Pfeifer, Moselstraße 43, 56332 Brodenbach, Tel: 02605-756

Zeit: 5. bis 6. November 2004, 16.00 Uhr – 14.00 Uhr

Anmeldung mit Erklärung zur Unterbringung an:

Wolfgang Fromm, Polizeipräsidium Rhenpfalz, Wittelsbachstraße 3, 67061 Ludwigshafen, E-Mail: Wolfgang.Fromm@polizei.rlp.de

NEUEINSTELLUNGEN

GdP sagt Hallo zum Studienbeginn

Aller Anfang ist schwer: Am 3. Mai haben in Enkenbach-Alsenborn 285 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter ihr Studium an der FH der Polizei aufgenommen. Ihre Ausbildung geht

präsidien. Die Einstellungszahl war erst im April um 50 Plätze aufgestockt worden, um längerfristig den Personalbestand der Polizei halten zu können. Unsere Gewerkschaft hatte erfolgreich



über drei Jahre und beinhaltet die Studienzeiten an der FH auf dem Hahn sowie die berufspraktischen Teile bei den Ausbildungsstationen in den Polizei-

für die höhere Zahl an Studienplätzen gekämpft. Die GdP wünscht den neuen Kolleginnen und Kollegen alles Gute zum Berufsstart. TW

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Brunhilde Roschy, PP Westpfalz
Ursula Paquier, Bepo Mainz
Andreas Adlfinger, Vorderpfalz

Eberhard Färber, Rhein-Nahe
Peter Meurer, PP/PD Mainz

WIR TRAUERN UM

Rolf Hellenbrand, Wapo, 53 Jahre
Paul Nauheim, Ww/Rhein-Lahn, 94 Jahre
Rainer Dederichs, PD Neuwied/Altenkirchen, 46 Jahre
Josef Korz, Vorderpfalz, 79 Jahre
Engelbert Quirmbach, PP/PD Koblenz, 87 Jahre
Ottmar Welle, Vorderpfalz, 81 Jahre
Eckhard Baum, PD Neustadt, 57 Jahre
Erich Höhmann, PP/PD Koblenz, 93 Jahre
Hans Schwerdt, Südpfalz, 92 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Anzeige

Sie haben Fragen zur Versorgungsänderung für Beamte und Tarifbeschäftigte oder zu Versicherungen?

Wir haben jeden Dienstag

von 10.00–13.00 Uhr

unsere Hotline für Sie geschaltet.

Rufen Sie einfach an:

Tel.: 0 61 31/9 60 09 50